

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XVII

Kapitel 1: Einführung

§ 1 Die Aufgaben des Kartellrechts	1
§ 2 Das wettbewerbstheoretische Grundverständnis	2
I. Allgemeines	2
II. Effizienzbegriffe in der Wirtschaftstheorie	5
1. Allokationseffizienz	6
2. Produktionseffizienz	7
3. Dynamische Effizienz	7
III. Marktformen in der Wirtschaftstheorie	8
1. Vollkommener Wettbewerb	9
2. Monopol	10
3. Oligopol	12
4. Das Konzept des bestreitbaren Marktes	14
§ 3 Das internationale Kartellrecht	15
I. Allgemeines	15
II. Völkerrechtliche Grundsätze und ihre Auswirkungen	16
§ 4 Die drei Instrumente des Kartellrechts	19
§ 5 Die wichtigsten Rechtsquellen im Überblick	20
I. Europäisches Kartellrecht	20
II. Nationales Kartellrecht	21

Kapitel 2: Das Kartellverbot

§ 1 Allgemeines	24
§ 2 Das Kartellverbot des Art. 101 AEUV	26
I. Der Anwendungsbereich des europarechtlichen Kartellverbots	26
II. Die Adressaten des europäischen Kartellverbots	28
1. Unternehmen	28

VII

2. Unternehmensvereinigung	31
3. Konzern	32
III. Die Mittel der Wettbewerbsbeschränkung	34
1. Grundsätze	34
2. Vereinbarung	35
3. Beschluss	37
4. Abgestimmte Verhaltensweise	37
IV. Die Wettbewerbsbeschränkung	40
1. Bedeutung	40
2. Der Wettbewerbsbegriff	40
a) Wettbewerb und Wettbewerbskonzepte	40
b) Einschränkungen und Ausnahmen	43
3. Bezwecken oder Bewirken der Wettbewerbsbeschränkung	44
a) Alternativverhältnis	44
b) Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	44
c) Bezwecken der Wettbewerbsbeschränkung	45
d) Bewirken der Wettbewerbsbeschränkung	47
V. Die Beeinträchtigung des Handels im Binnenmarkt	48
1. Die sog. Zwischenstaatlichkeitsklausel	48
2. Die Spürbarkeit der Handelsbeschränkung	50
VI. Der Katalog der Regelbeispiele	51
1. Bedeutung	51
2. Festsetzung von Preisen und Geschäftsbedingungen ...	52
3. Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen	54
4. Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen	56
5. Anwendung unterschiedlicher Bedingungen gegenüber Handelspartnern	57
6. Kopplungsgeschäfte	58
VII. Die Verbotsausnahmen	59
1. Systematik im Überblick	59
2. Die Generalklausel des Art. 101 Abs. 3 AEUV	60
a) Einheit des Kartelltatbestandes	60
b) Freistellungsvoraussetzungen	61
(1) Verbesserung der Warenerzeugung etc.	61
(2) Angemessene Verbraucherbeteiligung	62
(3) Unerlässlichkeit der Wettbewerbsbeschränkung ..	63

(4) Kein Ausschluss eines wesentlichen Teils des Wettbewerbs	64
3. Die Gruppenfreistellungsverordnungen	65
a) Begriff und Bedeutung	65
b) Besonderheiten bei Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit	68
(1) Begriff und Abgrenzung	68
(2) Freigestellte Unternehmenskooperationen auf horizontaler Ebene	69
c) Besonderheiten bei Vertriebsabsprachen	71
VIII. Kartellfreie Handlungen	73
§ 3 Das Kartellverbot nach dem GWB	74
I. Bedeutung und Anwendungsbereich	74
II. Das Kartellverbot des § 1 GWB	75
1. Systematik	75
2. Der Tatbestand des § 1 GWB	77
a) Die Adressaten des Kartellverbots	77
b) Die Mittel der Wettbewerbsbeschränkung	78
c) Die Wettbewerbsbeschränkung	79
d) Beispiele für wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	81
e) Bezwecken oder Bewirken	81
f) Die Spürbarkeit	81
III. Die Ausnahmen vom Kartellverbot	82
1. Freigestellte Vereinbarungen	82
2. Die Mittelstandskartelle	83
a) Bedeutung	83
b) Anwendungsbereich	84
c) Voraussetzungen	84
(1) Persönlicher Anwendungsbereich	84
(2) Sachlicher Anwendungsbereich	85
d) Beispiele	87
3. Sonderregeln für bestimmte Wirtschaftsbereiche	87
§ 4 Die Zivilrechtsfolgen eines Kartellverstoßes	88
I. Grundsätze	88
II. Zivilrechtliche Folgen eines Kartellverstoßes	89
1. Nichtigkeitsfolge	89
a) Grundsatz der Nichtigkeit	89
b) Umfang der Nichtigkeitsfolge	90

2. Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch	92
3. Schadenersatzpflicht	93
a) Bedeutung	93
b) Voraussetzungen	94
(1) Aktivlegitimation	94
(2) Nachweis eines Kartellverstoßes	95
(3) Verschulden des Täters	96
(4) Nachweis des erlittenen Schadens	96

Kapitel 3: Die Missbrauchsaufsicht

§ 1 Allgemeines	98
§ 2 Das Verhältnis von nationaler und europäischer Missbrauchsaufsicht	101
§ 3 Die Missbrauchskontrolle nach Art. 102 AEUV	102
I. Das marktbeherrschende Unternehmen als Normadressat des Art. 102 AEUV	102
1. Unternehmensbegriff des Art. 102 AEUV	102
2. Ermittlung des relevanten Marktes	103
a) Funktion der Marktermittlung	103
b) Der sachlich relevante Markt	103
c) Der räumlich relevante Markt	105
d) Der zeitlich relevante Markt	106
e) Wesentlicher Teil des Binnenmarktes	106
f) Marktabgrenzung und Nachfragemacht	106
3. Die marktbeherrschende Stellung	107
a) Begriff	107
b) Die Marktbeherrschungskriterien	108
(1) Die Marktstellung des marktbeherrschenden Unternehmens und seiner Wettbewerber	109
(2) Expansion oder Markteintritt	110
(3) Die Nachfragemacht der Abnehmer	111
(4) Weitere Kriterien	112
(5) Marktbeherrschende Stellung mehrerer Unternehmen	112
II. Marktmachtmisbrauch	115
1. Begriff	115
2. Die Regelbeispiele des Art. 102 AEUV und des Leitlinienpapiers	115

a) Ausschließlichkeitsbindungen.....	116
b) Die bedingten Rabatte.....	118
c) Die Kopplung und Bündelung.....	121
d) Kampfpreise.....	122
e) Die Lieferverweigerung und die Kosten-Preis-Schere	125
f) Der Zugang zu wesentlichen Einrichtungen (essential facility).....	129
g) Die missbräuchlich überhöhten Preise.....	130
h) Preisspaltung.....	131
§ 4 Die Missbrauchskontrolle nach Art. 106 AEUV.....	131
I. Die Erstreckung des Wettbewerbsrechts auf staatliche Monopole und öffentliche Unternehmen.....	132
II. Die Ausnahme vom Wettbewerbsrecht für „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“.....	134
§ 5 Die Missbrauchskontrolle nach dem GWB.....	135
I. Die Normadressaten der nationalen Missbrauchskontrolle ..	136
II. Die Marktbeherrschung nach § 19 Abs. 2 GWB.....	137
1. Das Monopol und Quasimonopol.....	137
2. Die überragende Marktstellung.....	138
3. Die gemeinsame Marktbeherrschung.....	139
III. Die Vermutungstatbestände nach § 19 Abs. 3 GWB.....	140
IV. Die Missbrauchstatbestände nach § 19 Abs. 4 GWB.....	141
1. Die Systematik.....	141
2. Der Behinderungsmissbrauch (§ 19 Abs. 4 Nr. 1 GWB)	142
3. Der Ausbeutungsmissbrauch (§ 19 Abs. 4 Nr. 2 GWB) ..	144
4. Die Preis- und Konditionenspaltung (§ 19 Abs. 4 Nr. 3 GWB).....	147
5. Die Verweigerung des Zugangs zu wesentlichen Einrichtungen (§ 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB).....	147
V. Das Diskriminierungs- und Behinderungsverbot nach § 20 GWB.....	150
1. Die Normadressaten des Diskriminierungs- und Behinderungsverbots.....	150
2. Die marktstarke Stellung.....	150
a) Der Begriff der marktstarken Stellung.....	150
b) Die sortimentsbedingte Abhängigkeit.....	151
c) Die mangelbedingte/knappheitsbedingte Abhängigkeit.....	153
d) Die unternehmensbedingte Abhängigkeit.....	153

e) Die nachfragebedingte Abhängigkeit	153
3. Geschäftsverkehr, der gleichartigen Unternehmen üblicherweise zugänglich ist	154
4. Der Behinderungs- und Diskriminierungstatbestand (§ 20 Abs. 1 und 2 GWB)	155
5. Die passive Diskriminierung (§ 20 Abs. 3 GWB)	157
6. Die Mittelstandsbehinderung (§ 20 Abs. 4 und 5 GWB)	157
7. Das Verbot der Aufnahmeverweigerung (§ 20 Abs. 6 GWB)	160
VI. Das Boykottverbot und sonstiges missbräuchliches Verhalten nach § 21 GWB	161
1. Das Boykottverbot (§ 21 Abs. 1 GWB)	161
2. Die Anwendung von Druck- und Lockmitteln (§ 21 Abs. 2 GWB)	163
3. Der Zwang zu kartellrechtmäßigem Verhalten (§ 21 Abs. 3 GWB)	165
4. Die Nachteilszuführung wegen Einschaltung der Kartellbehörden (§ 21 Abs. 4 GWB)	166
§ 6 Die Regulierung nach dem TKG und EnWG	167
I. Das Erfordernis der Regulierung als besondere Form der Missbrauchsaufsicht	167
II. Einblicke in den regulierten Sonderbereich Telekommunikation	169
III. Einblicke in den regulierten Sonderbereich Energiewirtschaft	172

Kapitel 4: Die Zusammenschlusskontrolle

§ 1 Allgemeines	177
§ 2 Die Zusammenschlusskontrolle nach der FKVO	178
I. Entwicklung	178
II. Das Verhältnis zwischen nationaler, europäischer und internationaler Zusammenschlusskontrolle	179
1. Die Aufgreifkriterien	179
a) Das Umsatzkriterium	179
b) Die beteiligten Unternehmen	181
2. Das Ausschließlichkeitsprinzip	181
3. Die Ausnahmen	183
a) Die sog. deutsche Klausel	183

b) Schutz außerwettbewerblicher Interessen	185
c) Die sog. niederländische Klausel	186
4. Das Verhältnis zu Nicht-EU-Staaten	186
III. Die Normadressaten	187
IV. Der Tatbestand des Unternehmenszusammenschlusses	187
1. Bedeutung	187
2. Die Fusion	188
3. Der Kontrollerwerb	189
a) Begriff und Kontrollmöglichkeiten	189
b) Einzelkontrollerwerb	190
c) Gemeinsamer Kontrollerwerb und Gemeinschafts-	
unternehmen	191
(1) Gemeinsamer Kontrollerwerb	191
(2) Gemeinschaftsunternehmen	192
4. Die Ausnahmen	196
V. Die Eingreiffkriterien	196
1. SIEC-Test und Marktbeherrschung	196
2. Die einzelnen Prüfungsschritte	197
a) Ermittlung des relevanten Marktes	197
b) Die verschiedenen Zusammenschlusstypen	199
(1) Der horizontale Zusammenschluss	200
(2) Der vertikale Zusammenschluss	203
(3) Der konglomerate Zusammenschluss	204
3. Sonderfälle	205
a) Die Sanierungsfusion	205
b) Die kollektive Marktbeherrschung	206
VI. Das Zusammenschlusskontrollverfahren	208
1. Überblick	208
2. Die Anmeldung	209
3. Das Vorprüfverfahren	210
4. Das Hauptprüfverfahren	212
5. Der gerichtliche Rechtsschutz	213
§ 3 Die Zusammenschlusskontrolle nach dem GWB	213
I. Allgemeines	213
II. Der Anwendungsbereich der nationalen Zusammenschluss-	
kontrolle	215
1. Überblick	215
2. Die Aufgreiffkriterien	216
a) Überblick	216

b) Die beteiligten Unternehmen	216
c) Die Schwellenwerte des § 35 Abs. 1 GWB	218
d) Die Ausnahmen des § 35 Abs. 2 GWB	218
III. Der Zusammenschlussbegriff	220
1. Überblick	220
2. Der Vermögenserwerb nach § 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB	220
3. Der Kontrollerwerb nach § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB	221
4. Der Anteilserwerb nach § 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB	222
5. Der Erwerb sonstigen wettbewerblich erheblichen Einflusses nach § 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB	223
6. Besonderheiten bei Gemeinschaftsunternehmen	223
a) Systematik	223
b) Gemeinsamer Kontrollerwerb	224
c) Teilfusion der Mutterunternehmen	225
d) Anwendung des Kartellverbots	225
7. § 37 Abs. 2 GWB	226
IV. Die Eingriffs Voraussetzungen	226
1. Übersicht	226
2. Der marktstrukturelle Ansatz der deutschen Fusionskontrolle	227
3. Begründung einer marktbeherrschenden Stellung	228
a) Marktanteilskriterium	228
b) Weitere Faktoren	229
c) Kausalität	230
4. Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	230
5. Die Abwägungsklausel	232
V. Das Fusionskontrollverfahren	233
1. Die Anmeldung	233
2. Das Verfahren	233
3. Die Entscheidung	234
VI. Die Rechtsbehelfe	235
1. Beschwerde	235
2. Ministererlaubnis	236

Kapitel 5: Kartellrechtsverstöße

§ 1 Funktionsweise und Aufbau der Kartellbehörden	237
I. Funktionsweise und Aufbau der Kommission (GD Wettbewerb)	237

II.	Funktionsweise und Aufbau der deutschen Kartellbehörden	238
§ 2	Verfolgung von Kartellrechtsverstößen	241
I.	Allgemeines	241
II.	Kronzeugen- bzw. Bonusregelung	242
III.	Durchsuchungen vor Ort und Auswertung der sichergestellten Beweismittel	244
§ 3	Entscheidungs- und Sanktionsmöglichkeiten	246
I.	Entscheidungs- und Sanktionsbefugnisse der Kommission	246
1.	Entscheidungsbefugnisse nach Art. 7 bis Art. 10 VO 1/2003	246
2.	Bußgeld- und Zwangsgeldsanktionen nach Art. 23 und 24 VO 1/2003	247
3.	Einvernehmliche Verfahrensbeendigung (sog. Settlement)	249
II.	Entscheidungs- und Sanktionsbefugnisse der deutschen Kartellbehörden	250
1.	Entscheidungsbefugnisse nach §§ 32 bis 32e GWB	250
2.	Vorteilsabschöpfung nach §§ 34 f. GWB	252
3.	Bußgeldvorschriften nach § 81 GWB und Vollstreckung mittels Zwangsgeld nach § 86a GWB	253
	Schaubilder	255
	Sachregister	257